

La Prensa Gráfica, 5. Oktober 2011

Von Gloria Flores nach einem Bericht von Fernando Romero

El Salvador: Deutsche Abgeordnete beklagen mangelnde Zusammenarbeit im Fall der Jesuitenmorde

Sieben Parlamentarier aus Deutschland schlossen ihren Besuch in El Salvador mit der Erklärung ab, dass sie der Regierung ihres Landes empfehlen würden, die internationale Hilfe von der wirksamen Bekämpfung der Gewalt abhängig zu machen. Sie verwiesen außerdem auf die mangelnde Zusammenarbeit mit INTERPOL bei der Vollstreckung der Haftbefehle gegen die für die Ermordung der Jesuiten angeklagten Offiziere.

Eine Gruppe **deutscher Abgeordneter**, die sich zurzeit im Land befindet, verwies heute auf die ihrer Ansicht nach mangelnde Zusammenarbeit **El Salvadors** mit der internationalen Polizei (**INTERPOL**) und bezog sich damit auf die von der internationalen Polizeibehörde ausgestellten Haftbefehle gegen einige ehemalige Mitglieder der salvadorianischen Armee, die mit der Ermordung der jesuitischen Geistlichen im November 1989 in Verbindung stehen.

„Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit INTERPOL gefährdet die bestehende internationale Zusammenarbeit“, so die Aussage der Parlamentarier.

Die Delegation aus sieben Abgeordneten, die das Land besuchte, erklärte, dass sie der deutschen Regierung die Empfehlung aussprechen würde, die gewährte Hilfe von Bedingungen abhängig zu machen. Die Parlamentarier kritisierten die mangelnde Zusammenarbeit der salvadorianischen Behörden mit **INTERPOL**.

Die deutschen Abgeordneten aus unterschiedlichen politischen Parteien, die dem Menschenrechtsausschuss des **Europäischen Parlaments** angehören, beendeten heute ihren Besuch in **El Salvador**.

Der Vorsitzende des Ausschusses Tom Koenigs machte deutlich, man sei nach diversen Treffen mit Vertretern der drei Staatsgewalten zu dem Schluss gekommen, die internationale Hilfe sowohl Deutschlands als auch der **Europäischen Union** müsse von der Überwindung der Gewalt in **El Salvador** und der institutionellen Schwäche, die man im Land ausgemacht habe, abhängig gemacht werden.

Die Delegation deutscher Abgeordneter hob die Gewaltrate hervor, die in **El Salvador** zu verzeichnen ist, und verwies auf fehlende langfristige politische Strategien auf Seiten des Staates.

Zudem erklärten die Abgeordneten, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Republik (Fiscalía General de la República – **FGR**) hinsichtlich der Bekämpfung der Kriminalität die schwächste Institution des Landes sei.

Die Europäer stellten fest, dass es in **El Salvador** zahlreiche „altmodische **Richter**“ gebe, die das Gesetz nicht ordnungsgemäß anwendeten.

In Bezug auf das Thema Gesetze äußerten sie, der Staat weise einige Rechtsvorschriften auf, die gewaltfreie Straftaten mit äußerster Strenge ahnden. Daher erscheint es der Delegation angebracht, die in dem Land geltenden Gesetze zu überprüfen.

Aus diesen Gründen kündigten die deutschen Parlamentarier an, der Regierung ihres Landes zu empfehlen, die gegenüber **El Salvador** geleistete Hilfe von einer wirksamen Bekämpfung der Gewalt abhängig zu machen.